

# Beamtenbesoldung: Jetzt müssen die Gerichte entscheiden

**Trotz monatelangem Protest hat die rot-grüne Landesregierung am Ende jeden Kompromiss verweigert und ihren Gesetzentwurf zur Beamtenbesoldung ohne irgendeine Änderung durch den Landtag gebracht. Die Zweifel, die nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch namhafte Verfassungsrechtler und – mit Ausnahme des Steuerzahlerbundes – alle vom Landtag geladenen Verbände am Gesetzentwurf vorgebracht haben, wurden einfach von Rot-Grün ignoriert. Für die GdP steht deshalb fest: Jetzt müssen die Gerichte entscheiden.**

Nur wenige Tage vor der entscheidenden Landtagssitzung am 10. Juli hatte der renommierte Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Battis bei der Präsentation eines im Auftrag der Bildungsgewerkschaft GEW erstellten Gutachtens vor der Landespresskonferenz noch einmal daran erinnert, dass die rot-grüne Landesregierung keine tragfähige Begründung dafür vorgelegt hat, warum die Mehrheit der Beamten von der Gehaltserhöhung ausgeschlossen werden soll. Der von Rot-Grün immer wieder vorgebrachte globale Hinweis auf die Schuldenbremse und auf die vermeintlich leeren öffentlichen Kas-

sen reiche als Begründung nicht aus, erklärte Battis. GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert, der auf Einladung der GEW an der Präsentation des Battis-Gutachtens teilgenommen hatte, erinnerte zudem daran, dass die Steuereinnahmen in NRW keinesfalls so schlecht sind, wie sie die Landesregierung darstellt. „Nahezu monatlich verkündet der Finanzminister neue Erfolgsmeldungen über ständig steigende Steuereinnahmen“, betonte Plickert. „Deshalb stellt sich die Frage: Was passiert eigentlich, wenn

es dem Land wirklich einmal schlecht geht?“ Hinzu kommt, dass die Beamtinnen und Beamten auch ohne die jetzt vom Landtag beschlossenen

alleine bei der Polizei – ist nur vorge-schoben. Das weiß auch die Landesregierung, denn in NRW gibt es nicht zu viele, sondern zu wenig Polizisten.



**Überall, wo in den vergangenen Wochen Mitglieder der rot-grünen Landesregierung aufgetreten sind, wurden sie von der GdP gebührend empfangen, wie hier bei der Kabinettsitzung am 5. Juli in Hückeswagen. Foto: Nico Hertgen**

Einschnitte bereits durch vorangegangene Kürzungen ganz erheblich zur Sanierung des Landeshaushalts beitragen. Finanzminister Norbert Walter-Borjans beziffert die Sonderopfer der Beamten auf 2,4 Milliarden Euro jährlich (DP 6/2013). Ab 2014 kommen jetzt weitere 700 Millionen Euro pro Jahr hinzu.

Auch die von Rot-Grün immer wieder vorgebrachte Behauptung, das Land müsste bei einer Übernahme des Tarifergebnisses für alle Beamten 14 000 Stellen abbauen – 2224 davon

Deshalb wundert es nicht, dass Innenminister Ralf Jäger (SPD) nur drei Tage nach der entscheidenden Landtagssitzung bei der Eröffnung des Aktionstags der Polizei „Ein Tag mit uns“ angekündigt hat, dass NRW im kommenden Jahr 1500 statt der bislang geplanten 1477 Polizeianwärterinnen und -anwärter einstellen wird.

Dennoch ist die Ankündigung von Jäger ein wichtiges Signal: Die Landesregierung kommt damit nicht nur

→ Seite 2

## Mehr als nur Blessuren für Rot-Grün



Augen zu und durch – unter diesem Motto haben die Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen den selbst in den eigenen Reihen umstrittenen Gesetzentwurf zur Beamtenbesoldung am Ende nur noch durchgewinkt. Das Thema sollte endlich vom Tisch. Der Kollateralschaden, den Rot-Grün durch dieses unsoziale Gesetz genommen hatte, sollte nicht noch größer werden.

Doch es sind nicht nur Blessuren, die sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen durch den Ausschluss eines Großteils der Beamten von der Besoldungserhöhung zugezogen haben, sondern Hannelore Kraft hat sich durch ihren massiven Angriff auf die Beamten einen ersten, deutlichen Imageschaden eingefangen. Und am Ende hatte

sie nicht mehr die Kraft, diesen Fehler zu korrigieren.

Dabei wollte Kraft anfangs nur eins: eine erneute Niederlage vor dem Landesverfassungsgericht in Münster vermeiden. Doch genau das droht Rot-Grün jetzt. Denn nach der Piratenpartei und der FDP hat auch die CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag beschlossen, wegen des Ausschlusses der oberen Besoldungsgruppen von der Übernahme des Tarifabschlusses eine Normenkontrollklage in Münster auf den Weg zu bringen. Die Chancen, dass die Klage erfolgreich ist, stehen nicht schlecht. Selbst der Finanzminister hat inzwischen eingeräumt, dass es für das Land ein Prozessrisiko gibt.

Sollte Münster die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes feststellen, dürfte der Schaden für die Glaubwürdigkeit dieser Landesregierung ganz erheblich sein.

**Arnold Plickert, Landesvorsitzender**

einer Forderung der GdP nach, die bereits im Frühjahr dieses Jahres verlangt hatte, die Einstellungszahlen bei der Polizei auf 1500 zu erhöhen, sondern sie setzt damit auch ein erstes, vorsichtiges Zeichen, den bisherigen Konfrontationskurs mit den Gewerkschaften zu beenden.

Ob dieses Signal von Rot-Grün, den Streit mit den Beamten nicht noch weiter zuzuspitzen, ernst gemeint ist, dürfte sich dennoch erst im Herbst dieses Jahres zeigen, wenn Rot-Grün erste Eckpunkte für die geplante Dienstrechtsreform auf den Tisch legen will. Die GdP wird ihre Politik der Nadelstiche gegen die beamtenfeindliche Politik der Landesregierung deshalb vorerst weiter fortsetzen. Zudem wird die GdP in den kommenden Wochen Klagen gegen die vom Landtag beschlossene Abkopplung der höheren Besoldungsgruppen anstrengen.

Ob es zudem erforderlich ist, dass alle Betroffenen individuell Widerspruch gegen die Schlechterstellung bei Übernahme des Tarifabschlusses einlegen, stand bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht endgültig fest. Die GdP wird ihren Mitgliedern dafür ggf. kurzfristig Musteranträge zur Verfügung stellen.

Mehr Infos: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)

## Erlassentwurf für die Besetzung der Funktionen A 12/A 13 geht in die falsche Richtung

Seit einigen Jahren befindet sich die Polizei in NRW in einer kernaufgabenorientierten Aufbauorganisation. Die fachliche Verantwortung für die Aufgabenwahrnehmung liegt in der jeweiligen Fachdirektion. Diese Organisationsform birgt die Gefahr einer Versäulung der Polizei in sich, und damit einer Abgrenzung der Direktionen gegeneinander. Das Gegenteil ist jedoch zwingend notwendig: Eine intensive Zusammenarbeit der Direktionen, ein größeres Verständnis für die Aufgabenwahrnehmung der jeweils anderen, ein Wissenstransfer zwischen den Direktionen. Darauf hat das Innenministerium bisher sehr viel Wert gelegt, darauf hat es immer wieder hingewiesen. Die Entwicklung hat es sogar im Rahmen einer Inspektion überprüft.

Um dieses Ziel zu stützen, ist es notwendig, dass insbesondere auch Führungskräfte zwischen den Direktionen wechseln, ihre jeweiligen Erfahrungen und ihr Wissen von einer Direktion in die andere transportieren – im Interesse der gesamten Polizei und ihrer erfolgreichen Arbeit. Das ist im höheren Dienst richtigerweise geübte Praxis. Umso unverständlicher ist der Erlassentwurf „Anforderungsprofile für die Besetzung von Funktionen der Besoldungsgruppen A 12 und A 13 g. D“. In weiten Bereichen wird durch die Art der zu erfüllenden Voraussetzungen der Wechsel zwischen den Direktionen erschwert oder sogar unmöglich gemacht. Das ist genau das Gegenteil von dem, was notwendig ist, und auch das Gegenteil von dem, was die Funktionszuordnung gehobener Dienst wollte. Ziel ist, dass

die geeignetste Kollegin, der geeignetste Kollege diese Funktion besetzt. Ziel kann nicht sein, dass für die Besetzung einer Funktion ausschließlich die Zugehörigkeit zu einer Direktion entscheidend bzw. ausreichend ist. Damit wird der Versäulung massiv Vorschub geleistet.

Natürlich gibt es Funktionen, wo ein bestimmtes Fach- und Erfahrungswissen notwendig ist, daran kann überhaupt kein Zweifel bestehen – aber nicht in der Undifferenziertheit dieses Erlassentwurfs. Das ist der falsche Weg.

„Der Erlass ist in dieser Form nicht zustimmungsfähig“, betont GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert. „Wir werden deshalb als GdP das Gespräch mit dem Innenministerium suchen. Eine Veränderung des Erlassentwurfes ist zwingend notwendig.“



# Nachersatzerlass 2013 verabschiedet

**Der Polizei-Hauptpersonalrat (PHPR) hat in seiner Sitzung am 25. Juni dem Erlass-Entwurf „Nachersatz-/Versetzungsv erfahren – Funktionsbesetzungen sowie Verwendung des Nachersatzes und der Hinzusetzenden in den Kreispolizeibehörden (Nachersatzerlass)“ nach intensiven Verhandlungen mit den Vertretern des Innenministeriums zugestimmt. Nachdem es in den vergangenen Jahren heftige Diskussionen zwischen Vertretern des Ministeriums und dem PHPR über Maßnahmen zur Verbesserung der Altersstruktur in den Direktionen K gegeben hatte, wurde in diesem Jahr eine Regelung vereinbart, die den Nachersatz in den Direktionen GE, K und V nach Altersgruppen vorsieht. Das Ministerium folgt damit im Kern einem Vorschlag der GdP.**

Ziel ist es, unter Berücksichtigung der besonderen polizeifachlichen Anforderungen, langfristig eine möglichst ausgewogene Altersstruktur in allen Behörden und darüber hinaus auch in den einzelnen Direktionen zu gewährleisten. Kernpunkt ist dabei die Zielvorgabe, in allen Kreispolizeibehörden (KPB) gestaffelt bis maximal 2021 zu erreichen, dass in den Direktionen GE mindestens 60 Prozent und in den Direktionen K mindestens 30 Prozent der verwendeten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten nicht älter als 41 Jahre sind. In den Direktionen K der Kriminalhauptstellen (sog. §2-Behörden) soll von den 30 Prozent mindestens die Hälfte nicht älter als 31 Jahre sein. Dabei ist es unter Beachtung der Zielvorgaben zulässig, Kolleginnen und Kollegen der eigenen Behörde direktionsübergreifend umzusetzen, auch wenn sie im Einzelfall älter als 41 bzw. 31 Jahre sind.

Durch ein verstärktes Controlling soll zudem erreicht werden, dass in den Kreispolizeibehörden ernsthafte Bemühungen unternommen werden, die Zielvorgaben umzusetzen und somit eine ausgewogene Altersstruktur in den Behörden zu erzielen. Wenn auch für die Direktionen V keine festen Quoten für eine bestimmte Altersgruppe

vorgegeben werden, sind die Behörden dennoch gehalten, auch hier für eine ausgewogene Altersstruktur zu sorgen.

## Besondere Personengruppen

Die Regelungen über die Verwendung in den Direktionen K für besondere Personengruppen

- Anschlussverwendung an eine Lehrtätigkeit im LAFF
- Versetzung aus persönlichen Gründen
- Qualifizierung im Rahmen eines dokumentierten örtlichen Personalentwicklungskonzepts
- bei altersbedingtem Ausscheiden aus einer Spezialeinheit bleiben weiterhin bestehen.

## Erstverwendung

Die Regelungen über die Erstverwendung in den Kreispolizeibehörden nach Abschluss des Studiums an der FHöV (ein Jahr Wach- und Wechseldienst, zwei bis drei Jahre Bereitschaftspolizei, vier Jahre Nichtberücksichtigung im Versetzungsverfahren aus persönlichen Gründen) bleiben weitgehend unverändert.

Nach dem ersten Jahr Verwendung im Wach- und Wechseldienst ist eine Verwendung in der Direktion K möglich, wenn

- der Nachersatz in der Bereitschaftspolizei gedeckt ist oder
- die Polizeivollzugsbeamtin bzw. der -beamte über besondere kriminalfachlich relevante Vorkenntnisse verfügt.

## Landesweites Versetzungsverfahren

Unter Berücksichtigung der Altersstruktur in den einzelnen Kreispolizeibehörden ist festzustellen, dass eine Reihe von KPB die Zielvorgaben in den Direktionen GE und K ohne Steuerung des Nachersatzes im landesweiten Versetzungsverfahren nicht erreichen können. Es ist daher unumgänglich, in einzelnen Behörden in die Reihenfolge der zu Versetzenden in der Form einzugreifen, dass lebensjüngere Kollegen im Rahmen des für die Behörde vorgesehenen Nachersatzes in diese Behörden versetzt werden.

Die GdP und auch der PHPR werden ganz besonders darauf achten, dass es dadurch nicht zu unzumutbaren Härten kommt.

**Gespräch mit dem BKA-Präsidenten:** Mehr als eine Stunde Zeit hat sich BKA-Präsident Jörg Ziercke Ende Juni für einen intensiven Meinungsaustausch mit Vertretern des GdP-Landesbezirks NRW und des Bezirks BKA genommen. Themen waren die Verfolgung des NSU, die Bedrohung durch gewalttätige Salafisten und der Fahndungserfolg bei der Verfolgung des Autobahn-schützen. An dessen Verhaftung waren auch Kripo-Beamte aus NRW beteiligt. Ziercke lobte in dem Gespräch ausdrücklich die gute Zusammenarbeit der beteiligten Polizeibehörden über die Landesgrenzen hinweg.

Das Gespräch mit dem BKA-Präsidenten war am Rande eines zweitägigen Arbeitstreffens von Vorstandsmitgliedern des Landesbezirks NRW und des Bezirks BKA zustande gekommen. Anfang des Jahres hatte es bereits ein Arbeitstreffen mit den Vorstandsmitgliedern aus Niedersachsen gegeben. Der Landesbezirk



wird die Reihe der Arbeitstreffen mit Vertretern der anderen Landesbezirke fortsetzen.



# Null Toleranz gegenüber kriminellen Rockern

**Was bringt ein Verbot krimineller Rockergruppen? Hat die Polizei bei den Revierkämpfen der untereinander verfeindeten Rockergruppen zu lange weggesehen, weil auch sie von dem vermeidlichen Frieden profitiert hat? Das sind nur zwei der Fragen, die mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des GdP-Kriminalforums „Die Macht der Rocker“ Anfang Juli in Düsseldorf diskutiert haben.**

52 Rockergruppen gibt es in NRW, doppelt so viele wie noch im Jahr 2005. Thomas Jungbluth, Leiter der Abteilung Auswertung, Ermittlung und Organisierte Kriminalität im LKA, schätzt deren Mitgliederzahl auf 1800. Hinzu kommen mindestens noch einmal so viele Unterstützer. Mit dem rasanten Wachstum haben sich auch die Strukturen der Rockergruppen nachhaltig verändert. „Wir stellen einen immer größeren Zulauf von Mitgliedern mit Migrationshintergrund fest, viele von ihnen bereits mit krimineller Karriere vor der Aufnahme“, erklärte Jungbluth auf dem GdP-Forum. Statt sich, wie früher üblich, langsam hochzudenken, würden viele Bewerber heute relativ schnell zu Vollmitgliedern aufsteigen. „Der Rockerethos bröckelt und damit

die strenge Hierarchie. Das macht es für die Präsidenten schwerer, die Gruppe unter Kontrolle zu halten“, sagte Jungbluth. Weil ihre Mitglieder immer häufiger bei ihrem Kampf um die Vorherrschaft im Türsteher- und Prostitutionsgewerbe, im Waffen- und Drogenhandel in gewalttätige Auseinandersetzungen geraten, droht an Rhein und Ruhr ein offener Rockerkrieg. Allein in diesem Jahr wurde bereits sechs Mal mit scharfen Waffen geschossen.

Besonders zugespitzt ist die Situation in Duisburg. Dort kämpfen nicht nur Hells Angels und Bandidos um die Vorherrschaft im Rotlichtmilieu, sondern seit Kurzem auch die aus den Niederlanden stammende Satudarah. Hintergrund des Duisburger Rockerkriegs ist die enorme Erweiterung der Rotlichtmeile. Hells Angels und Bandidos sind hier als Betreiber und als Türsteher aktiv. Franz Goltz, Verantwortlicher für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität im Polizeipräsidium Duisburg, schätzt alleine die Mieteinnahmen der Laufhäuser auf rund eine Million Euro im Monat. Hinzu kommt, dass Duisburg durch den Hafen ein bedeutender Drogenumschlagplatz ist.

Um eine weitere Eskalation der Situation zu verhindern, hat die Duisburger Polizei in den vergangenen Jahren ihren Verfolgungsdruck gegenüber den Rockergruppen massiv ausgeweitet. Mit polizeilichen Mitteln alleine lässt sich der Rockerkrieg allerdings nicht gewinnen. Die Hamburger Fernsehjournalistin Gitta Ekkberg erinnerte auf dem GdP-Forum daran, dass Rockergruppen vor allem für junge Männer attraktiv sind, die sonst in der Gesellschaft keine Zukunftsperspektive haben. Eine Einschätzung, die auch der Leiter der Führungsstelle der Duisbur-

ger Polizei, Rudolf Koenen, teilt. „Soziale Probleme, die dazu führen, dass die Rocker einen großen Zulauf haben, kann die Polizei nicht lösen“, betonte Koenen. „Wir versuchen aber, durch regelmäßige Kontrollen das Problem in den Griff zu bekommen.“

Die Entwicklung im Rockermilieu wird auch von der GdP mit Sorge beobachtet. Vorstandsmitglied Wolfgang Spies hatte bereits zu Beginn des Kriminalforums darauf aufmerksam gemacht, dass die verstärkte Aufnahme von jungen Männern mit Migrationshintergrund die Veränderung des Ehrenkodexes der Rockergruppen beschleunigt hat. „Wäre früher ein Wechsel zwischen den Gruppierungen undenkbar gewesen, werden jetzt sogar Rückkehrer aus anderen Gruppierungen wieder aufgenommen“, erklärte Spies.

GdP-Vorsitzender Arnold Plickert plädierte auf dem GdP-Forum für eine Null-Toleranz-Strategie. „Der in den vergangenen Jahren aufgebaute hohe Verfolgungsdruck muss weiter aufrechterhalten werden“, fordert Plickert. Der dazu erforderliche Aufwand könne allerdings von den betroffenen Polizeibehörden nicht alleine geschultert werden. Besonders belastete Behörden müssen mit einer stabilen Grundbesetzung ausgestattet werden“, fordert Plickert.

Mehr Infos: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)



# Umstellung auf das SEPA-Basis-Lastschriftverfahren

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wir nutzen zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages die Lastschrift (Einzugsermächtigungsverfahren).

Als Beitrag zur Schaffung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payments Area, SEPA) stellen wir ab dem **1. 11. 2013** auf das europaweit einheitliche SEPA-Basis-Lastschriftverfahren um. Die von Ihnen bereits erteilte Einzugsermächtigung wird dabei als SEPA-Lastschriftmandat weitergenutzt. Dieses Lastschriftmandat wird durch eine Mandatsreferenz und unsere Gläubiger-Identifikationsnummer ( DE42ZZZ00000486111 ) gekennzeichnet, die von uns bei allen Lastschrifteinzügen angegeben werden. Da diese Umstellung durch uns erfolgt, brauchen Sie nichts zu unternehmen.

Ihre Mandatsreferenznummer, Ihr Monatsmitgliedsbeitrag und unsere Gläubiger-ID wurden Ihnen beim Beitragseinzug zum 1. 8. 2013 im Kontoauszug mitgeteilt. Ebenfalls teilten wir Ihnen dort den nächsten Abbuchungstermin mit. Sollten diese Angaben nicht mehr aktuell sein, bitten wir Sie um Ihre Nachricht. Ihre IBAN und den BIC finden Sie z. B. auch auf Ihrem Kontoauszug.

Den aktuellen Mitgliedsbeitrag entnehmen Sie bitte der Beitragstabelle aus dem Internet unter [www.gdp.de/sepa](http://www.gdp.de/sepa). Eine aktuelle Beitragstabelle finden Sie zudem auf dieser Seite. Für Quartalsabbucher buchen wir immer zum 1. Tag im 2. Monat des Quartals ab. Sollten Sie Fragen zu diesem Thema haben, kontaktieren Sie uns gerne.

GdP-Landesbezirk NRW, Abt. Mitgliederverwaltung,  
Tel. 02 11/29 10 1-16 und -17.

**Ihre  
Gewerkschaft der Polizei NRW**

## Warum ist mein Mitgliedsbeitrag wichtig?

Die Gewerkschaft der Polizei ist politisch unabhängig. Deshalb finanzieren wir unsere Arbeit durch die Beiträge unserer Mitglieder und nicht durch Zuwendungen Dritter. Damit ist sichergestellt, dass die GdP ihre politischen Forderungen an den Interessen ihrer Mitglieder orientiert und nicht an den wirtschaftlichen Interessen anderer.

Der Mitgliedsbeitrag orientiert sich bei den aktiv Beschäftigten an den Einkommen, bei den Rentnerinnen und Rentnern und den Versorgungsempfängern an den Altersbezügen. Die Höhe liegt unterhalb von einem Prozent des Nettoeinkommens.

Der Mitgliedsbeitrag wird zeitnah zu den Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst an die Entwicklung der Einkommen der Beschäftigten angepasst. Aktuell gelten folgende Mitgliedsbeiträge:

Entgeltgruppe	frühere Eingruppierung		Beitragsgruppe	Monatsbeitrag	Beitrag Pensionäre	Beitrag Hinterbl.
	Angestellte	Arbeiter				
	Auszubildende		23	4,34		
1	X		30	8,40	5,30	3,04
2	IX b	1-1 a	31	9,86	6,28	3,60
2 Ü	IX a	2-2 a	32	10,63	6,79	3,88
3		3-3 a	33	11,24	7,19	4,11
4	VIII	4-4 a	34	11,56	7,41	4,23
5	VII	5-5 a	35	11,94	7,64	4,36
6/7	VI arb	6-7 a	36	12,30	7,90	4,51
8	V c	8-8 a	37	13,11	8,43	4,82
	V arb	9-9 a	38	13,62	8,76	5,00
9	IV b		39	15,04	9,69	5,54
10			40	15,85	10,24	5,84
11	IV a		41	16,40	10,60	6,06
12	III		42	18,82	12,20	6,97
13	II arb		43	20,39	13,21	7,55
14	I b		44	22,85	14,86	8,48
15	I a		45	23,55	15,32	8,74
15 Ü	I		46	26,39	17,19	9,81

Besoldungsgruppe	Dienstgrad		Beitragsgruppe	Monatsbeitrag	Beitrag Pensionäre	Beitrag Hinterbl.
	Fachhochschüler		23	4,34		
			30	8,28	5,78	3,33
			31	9,76	6,83	3,91
			32	10,52	7,35	4,21
			33	11,14	7,79	4,46
			34	11,46	8,01	4,57
			35	11,83	8,27	4,73
A 6	RS		36	12,21	8,52	4,88
A 7	PM	ROS	37	13,00	9,11	5,20
A 8	POM	RHS	38	13,50	9,44	5,42
A 9	PHM/PHKK	RAURI	39	14,95	10,45	5,97
A 9z	PHK2/KHKz	RAI z	40	15,73	11,01	6,30
A 10	POK/KOK	ROI	41	16,29	11,41	6,52
A 11	PHK/KHK	RA	42	18,41	12,89	7,37
A 12	PHK/KHK	RAR	43	19,96	13,96	7,98
A 13	EPHK/EPHK PR/KR	RR ROAR	44	22,16	15,52	8,87
A 14	POR/KOR	ROR	45	22,83	15,98	9,13
A 15	PD/KD	RD	46	25,62	17,93	10,26
A 16	LPD/PP/LKD	LRD	47	28,28	19,85	11,33
B 2 - B 4	PP		48	32,64	22,83	13,06
B 5 - B 7	PP		49	37,06	25,94	14,85



# Die GdP gratuliert

## 90. Geburtstag

- 2. 8. Margarete Sperl, Ahlen
- 4. 8. Otto Salemka, Odenthal
- 10. 8. Rudolf Gottwald, Büdelsdorf
- 11. 8. Editha Coers, Wuppertal
- 14. 8. Hanny Neuhaus, Geilenkirchen
- 16. 8. Heinz Schindel, Hilden
- 19. 8. Helmut Beyer, Halle
- 20. 8. Hedwig Bens, Krefeld Robert Ester, Essen
- 21. 8. Rudolf Weber, Bonn
- 23. 8. Hertha Leymanns, Köln

## 91. Geburtstag

- 6. 8. Hans Quack, Wegberg
- 10. 8. Käthe Kurth, Düren
- 19. 8. Heinrich Terhorst, Kleve

- 25. 8. Magdalena Droll, Paderborn
- 26. 8. Walter Rosowski, Bochum

## 92. Geburtstag

- 8. 8. Aenni Kuhn, Sinzig
- Elisabeth Stegemann, Münster
- 10. 8. Bernhardine Wittenbrink, Gütersloh
- 19. 8. Kurt Quellmelz, Marienheide
- 31. 8. Anna-Maria Michl, Brühl

## 93. Geburtstag

- 1. 8. Irmgard Rümke, Dortmund
- 9. 8. Margarete Himmelmann, Hagen

- 12. 8. Helmut Schoeneberger, Gütersloh
- 31. 8. Harald Draessler, Wuppertal

## 94. Geburtstag

- 3. 8. Liselotte Hoffmann, Essen
- 28. 8. Martha Kaufmann, Duisburg

## 96. Geburtstag

- 1. 8. Ilse Arndt, Cuxhaven

## 98. Geburtstag

- 14. 8. Rosa Österreicher, Bonn

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

### Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

### Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35  
vom 1. Januar 2013  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die September-Ausgabe ist der 9. August 2013.**

### GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-reiseservice.de](mailto:penguin@gdp-reiseservice.de)

# Wir sind die GdP

Sie haben es wieder getan! Die Krimi-Cops sind mal wieder rückfällig geworden und haben einen neuen Krimi geschrieben: Bluthunde – ein Kriminalroman aus Düsseldorf – Premiere war im Juli.



Krimi-Cops: Das sind Carsten Vollmer, Ingo Hoffmann, Klaus Sticklebroeck, Carsten Rösler und Martin Niedergesäß. Sie haben alle zusammen in der damaligen PI Ost in Düsseldorf Dienst versehen. Der Organisationsgrad der GdP in der

Dienstgruppe lag bei 80 Prozent. Inzwischen sind sie über die verschiedensten Dienststellen in Düsseldorf verteilt.

Wie schreibt man zu fünft einen Roman? „Grob gesagt funktioniert das wie ein Kettenbrief: Einer fängt an, mailt das Ergebnis an alle anderen. Wer Zeit und eine Idee hat, schreibt weiter. Natürlich wird zu Beginn geklärt, um welches Thema sich der Krimi drehen soll, der rote Faden wird gelegt“, sagen die Krimi-Cops über ihre eigene Arbeit. „Auch Erlebnisse aus dem Dienst finden Eingang in der Story. Aktuelles Beispiel: Gut gelaunte Partygäste halten uniformierte Polizeibeamte für eine eingeladene Strippergruppe!“

Bluthunde fügt sich nahtlos in die Reihe bisheriger Kriminalromane der Krimi-Cops ein. Wie seine Vorgänger Stückwerk (2007), Teufelshaken (2009) und Umgelegt (2011) handelt es sich um einen klassischen Krimi, bei dem der Leser zum Mittermitteln eingeladen wird. Natürlich regen die Krimis durch ihren ganz eigenen Humor auch immer wieder zum Schmunzeln ein. Die Schreiberlei bezeichnen die fünf Cops als ein schönes Hobby. Sie werden zu verschiedensten Krimifestivals eingeladen und halten immer wieder Lesungen ab. Auch im Rahmen von GdP-Seminaren haben sie bereits Lesungen durchgeführt, an die sich immer ein netter Abend mit zahlreichen Gesprächen anschloss.



# Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**  
in Kurzfassung - August 2013



## Nur noch wenige Restplätze!

### Jahresabschlussfahrt auf dem Rhein 4. bis 7. Dezember 2013 ab/bis Mainz

Besuchen Sie die Weihnachtsmärkte in  
Rüdesheim, Speyer und Straßburg.

Flusskreuzfahrt mit der MS Switzerland,  
3 Übernachtungen an Bord mit All Inclusive  
Reisepreis in einer 2-Bett Kabine pro Person  
**ab € 335,-**

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

## Zu Ihrer Information:

In der Zeit vom 2. bis 23. August 2013 werden unsere  
Geschäftsräume in der Gudastraße 9 in Düsseldorf  
umgebaut. In diesem Zeitraum sind wir ausschließlich  
telefonisch oder per E-Mail/Fax für Sie erreichbar.  
Vielen Dank für Ihr Verständnis!

**GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf**  
Tel.: 0211/29101-44/45/64/65 • Fax: 0211/29101-15 [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de) • [pinguin@gdp-reiseservice.de](mailto:pinguin@gdp-reiseservice.de)



## Ein Tag mit uns

Unter dem Motto „Ein Tag mit uns“ haben mehr als 1000 Polizisten aus ganz NRW am 13. Juli auf mehreren Bühnen und an zahlreichen Infoständen in der Dortmunder Innenstadt Arbeit und Leistungsfähigkeit der Polizei präsentiert. Auch die GdP war mit dabei, mit einem knallroten britischen Doppeldeckerbus direkt neben der Showbühne auf dem Dortmunder Friedensplatz.

Genutzt wurde der Infostand von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die aus erster Hand von der GdP erfahren wollten, wie es nach der Entscheidung des Landtags, den Tarifabschluss nur für die unteren

Besoldungsgruppen zu übernehmen, weitergeht. Auch zahlreiche Führungskräfte der Polizei kamen zu einem Meinungsaustausch an den GdP-Stand, darunter Ministerialrat Wolfgang Düren, die Direktoren des LAFP und des LZPD, Dieter Schmidt und Jürgen Matthies, des Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers und der frühere GdP-Landesvorsitzende und heutige Hagener Polizeipräsident Frank Richter. Zahlreiche Dortmunder besuchten den Infostand. Beliebt war bei ihnen nicht nur die Aussichtsplattform des Doppeldeckerbusses, sondern auch das davor aufgebaute Glücksrad.



## Glücksnummern des Monats

45 18330  
Tobias Lehmann, Solingen  
45 22912  
Lothar Kretzschmar, Lippe  
45 21738  
David Weitochek, Bielefeld  
45 18328  
Christina Bernschein, Bonn

**Die Gewinner erhalten ein BBQ-Set „to go“.**

Anzeige

Hallo, ich bin 24 Jahre alt und PK im Land Bremen. Aus persönlichen Gründen möchte ich gerne zur Polizei NRW wechseln. Natürlich bin ich auch für einen Ringtausch zu haben. Ich freue mich über jede Meldung unter [tauschgesuch.bremen@web.de](mailto:tauschgesuch.bremen@web.de) oder Tel.: 01 51/14 95 22 96

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Coesfeld

28. August, Grillnachmittag am DRK-Heim, Anmeldungen erforderlich bei Johannes Zimmermann, Telefon 0 25 41/7 29 63, Treffpunkt: August-Schlüter-Str. 32, 48249 Dülmen

### Kreisgruppe Heinsberg

3. September, Seniorenausflug nach Koblenz und Linz mit einer großen Burgenrundfahrt auf dem Rhein. Auskunft und Anmeldungen: Klaus Labahn, Telefon: 0 24 31/58 80, E-Mail: [k.labahn@unitybox.de](mailto:k.labahn@unitybox.de) oder Franz Janssen, Telefon: 0 24 52/ 9 20 12 00

## NACHRUFE

Hans Aschendorf	22. 8. 1926	Gelsenkirchen	Günter Mollenhauer	24. 6. 1936	Erftkreis
Helmut Aschmoneit	9. 9. 1925	Dortmund	Frank Münsterberg	2. 10. 1931	Unna
Jobst Bimberg	6. 5. 1968	Dortmund	Bruno Neumann	13. 5. 1924	Lippe
Irmgard Brachfeld	23. 10. 1923	Wesel	Karl-Heinz Nowak	24. 11. 1947	Recklinghausen
Ingrid Feldmann	28. 8. 1953	Minden-Lübbecke	Ralf Dieter Pepersack	11. 8. 1954	LZPD NRW
Ruth Glapa	10. 2. 1923	Gelsenkirchen	Franz Pott	18. 6. 1923	Minden-Lübbecke
Erwin Hinz	30. 3. 1924	Gelsenkirchen	Hildegard Schmiegelt	28. 1. 1923	Duisburg
Peter Kullig	4. 3. 1942	Duisburg	Elga Stambor	2. 11. 1929	Dortmund
Johanna			Klaus-Jürgen Steinborn	25. 1. 1941	Dortmund
Kurtz-Podschun	10. 4. 1921	Köln	Antonia Stitz	14. 6. 1925	Paderborn
Heinz Labusch	2. 6. 1923	Wesel	Gertrud Stöck	29. 1. 1927	Bergisches Land
Werner Lohmann	26. 5. 1924	Ennepe-Ruhr	Lore Warwas	26. 3. 1925	Selm

